

Wenn alles anders gewesen wäre

Roland Brunner

Die Verbrechen des serbischen Regimes und des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic sowie die systematische Vertreibungspolitik der Bevölkerung aus dem Kosov@ müssen verurteilt werden. Aber was und wer steht wirklich hinter der serbischen Politik und hinter der Nato-Intervention?

Die AlbanerInnen im Kosov@ fordern zu Recht, dass ihre Menschenrechte respektiert und ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung akzeptiert werden. Die Nato droht, um Jugoslawiens Präsident Milosevic zu einer Unterschrift unter ein Friedensabkommen zu bringen. Nur der will nicht mitspielen und ist damit schuld an allem. Oder könnte alles auch anders (gewesen) sein? Die offizielle Geschichts- und Politikschreibung betont, dass im Herbst 1998 mit dem Abkommen zwischen Richard Holbrooke und Slobodan Milosevic die Voraussetzungen für eine politische Lösung des Kosov@-Konflikts eigentlich gegeben waren. Die Stationierung einer OSZE-Beobachtermission (Kosovo Verification Mission KVM) sollte den Waffenstillstand, den Teiltrückzug der jugoslawischen Einheiten, die Rückkehr der Vertriebenen und die Einhaltung der Menschenrechte überwachen. Das „window of opportunity“, das bis zum Frühjahr 1999 offen schien, sollte für längerfristige Stabilisierung verwendet werden. Aber es kam alles ganz anders.

Nehmen wir einmal an

Nehmen wir einmal an, dass alles anders kam, weil einiges anders war. Machen wir ein Gedankenspiel. Überlegen wir, wie es auch gewesen sein könnte: Stellen wir uns vor, die Kosova-Befreiungsarmee UCK wollte ihre Ziele durchsetzen, das heisst die Unabhängigkeit des Kosova erreichen, die Vorherrschaft des gewählten Präsidenten Ibrahim Rugova und seiner Demokratischen Liga des Kosova LDK brechen und sich selber zur tonangebenden Kraft und zur zukünftigen Regierung im Kosov@ machen. Dieses Ziel, die Bereinigung des inner-albanischen Machtkampfes, wäre durchsetzbar gewe-

sen. Die Eskalation zum Krieg und damit zur Nato-Intervention würde die radikalen Kräfte stärken und damit die Machtergreifung ermöglichen. Stellen wir uns vor, dass die USA gar kein Interesse hatten an einer multiethnischen Lösung des Kosov@-Konflikts, die den Kosov@ im Staatsverbund der Bundesrepublik Jugoslawien belassen würde, sondern ihr Ziel wäre „Stabilität“ in der Region durch ein Gleichgewicht der Kräfte. Wie in Bosnien „erfolgreich“ praktiziert, würde sie dazu auf die Schaffung ethnisch definierter und kontrollierter territorialer Einheiten zurückgreifen, weil die militärisch gegeneinander abgrenzbar und damit politisch kontrollierbarer sind. Stellen wir uns weiter vor, dass die Nato (und darin wieder vor allem die tonangebenden USA) kein Interesse an einer politischen, d.h. gewaltfreien Beilegung des Konflikts hatte, weil es ihr in erster Linie um die Neulegitimierung ihrer Existenz als Militärallianz ging. Nehmen wir an, sie wollte aus strategischen Überlegungen eine Präsenz im Balkan erreichen, wusste aber, dass sie dies nie mit Einverständnis von Milosevic erreichen würde. Nehmen wir weiter an, Milosevic wusste sehr genau, welches Spiel die UCK und die Nato spielten: Er wusste,

ISW-REPORT NR. 40

Westliche Ölmultis planen Pipelines für Öl aus den kaspischen Becken auch durch Serbien. Soll die NATO die Trasse absichern? Im report Nr. 40 „Welterfahrungen NATO - Weltwirtschaftsordnung und neue NATO-Doktrin“ des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (isw) befassen sich die Autoren Leo Mayer/Fred Schmid u.a. auch mit dem Zugriff westlicher Ölmultis und Staaten auf die riesigen Ölvorkommen in der Region des Kaspischen Meeres.

Preis/Bezug: 5,- DM +Porto; isw, sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München

dass er den Kosov@ faktisch verloren hatte, ihn aber nie ohne Krieg abgeben könnte, weil er sonst seine eigene Macht untergeben würde. Er wusste, dass ein Kriegsgang ihn vom Problem Kosov@, von der oppositionellen Regierung Djukanovic in Montenegro und von der Opposition in Serbien selber befreien würde. Stellen wir uns einmal vor, das sei alles so gewesen, was dann? Dann hätten sich alle genau so verhalten, wie sie sich wirklich verhalten haben: Die UCK hätte die Gebiete, welche die serbischen Einheiten nach dem Oktober-Abkommen räumten, sofort wieder besetzt, sie hätte das Waffenstillstandsabkommen mit kleinen militärischen Provokationen durchlöchert, sie hätte in den Verhandlungen von Rambouillet und Paris mit sich selber gerungen und schliesslich das Abkommen unterschrieben. Die USA und die Nato hätten die Stationierung der OSZE und ihre Arbeit hintertrieben (es dauerte Monate, bis endlich auch nur die Hälfte der geplanten Beobachter vor Ort waren, ohne griffiges Mandat und ohne vermittelnden Auftrag), sie hätten für die Verhandlungen in Rambouillet und Paris einen Text vorgelegt, von dem sie wussten, dass er für Jugoslawiens Machthaber nicht annehmbar ist, sie hätten die Vertreter der Kosov@-Albaner zur Unterschrift gedrängt, um Milosevic als Schuldigen hinstellen zu können und damit den Weg freizumachen für eine Militärintervention. Und auch Milosevic hätte genau das getan, was er wirklich getan hat: Widerstand gegen die grösste Militärmacht der Welt markieren, skrupellos Hunderttausende Menschen aus dem Kosov@ vertreiben, unabhängige Medien und oppositionelle Kräfte ausschalten, Montenegro unter politischen und militärischen Druck stellen.

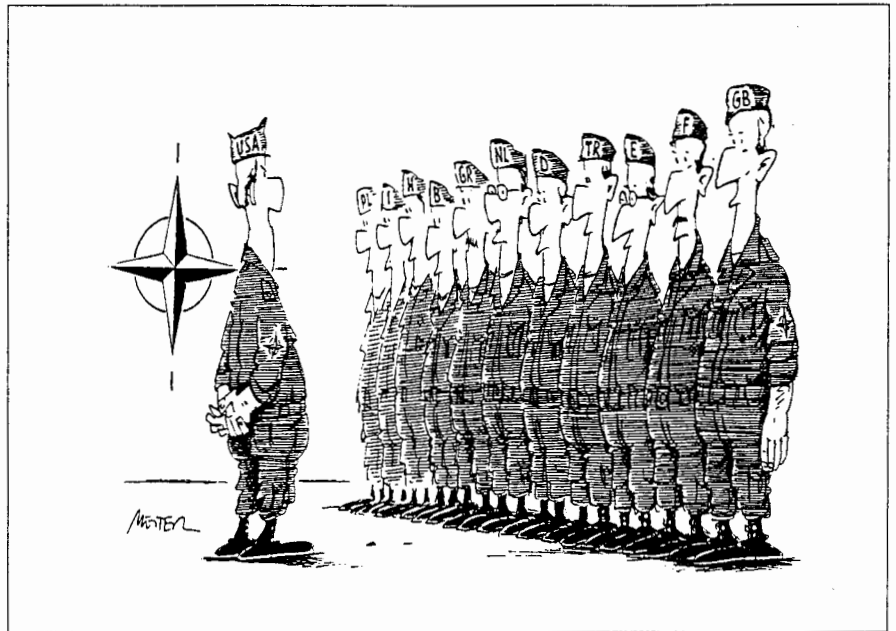
Eine „hidden agenda“?

Und wenn es so gewesen wäre, wie uns weisgemacht wird? Dann haben alle Akteure sträflich dumm gehandelt, denn dann hätte die UCK den Dialog und Kompromiss mit Rugovas LDK und mit den serbischen und montenegrinischen Kräften suchen müssen, die Hand boten zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Dann hätte die Nato – statt freie Hand für Bombendrohungen zu erhalten – von der Uno und der OSZE kontrolliert werden müssen, um ein politisches Konzept durchzusetzen, das allenfalls militärisch zu begleiten gewesen wäre. Dann hätten die USA und die Nato in den Verhandlungen von Rambouillet und Paris nicht einseitig auf die UCK und ihren aus dem Nichts aufgetauchten neuen Führer Hashim Taci gesetzt, sondern schon seit

langem die Forderungen von Ibrahim Rugova ernst genommen und in politisches Handeln umgesetzt. Dann wären die UNO und die OSZE gestärkt worden, statt sie mit unklarem Mandat und ohne gesicherte Finanzierung in ein absehbares Desaster laufen zu lassen. Dann wären demokratische Projekte und Organisationen, unabhängige Medien und die serbische Opposition konsequent unterstützt worden, wäre politisch Druck gemacht worden für eine gesellschaftliche Front aus serbischem Widerstand, montenegrinischer Regierung und demokratischen, verständigungsorientierten Kräften im Kosov@, um eine Alternative zur Herrschaft von Slobodan Milosevic aufzubauen.

Alles nur wirre Vorstellungen, wilde Spekulation, zynische Verschwörungstheorien und dumme Gedankenspiele von Wens und Abers? Vielleicht. Aber entweder haben sich durch den wirklichen Verlauf der Ereignisse alle Akteure in ihrer grenzenlosen Dummheit offenbart, weil sie immer das Gegenteil dessen erreichten, was sie als Ziele deklarieren, oder es gab tatsächlich eine „hidden agenda“, eine versteckte Zielsetzung hinter der offiziell präsentierten Version. Wer weiss. Die grauenvolle Realität der serbischen Vertreibungen, der Nato-Bombardierungen und der UCK-Aktivitäten deuten leider darauf hin. Den Preis für diese zynische Politik bezahlen einmal mehr die unterdrückten, bedrohten, missbrauchten, vertriebenen, getöteten, um ihre Hoffnungen und um ihre Zukunft gebrachten Menschen, vor allem die AlbanerInnen aus dem Kosov@, aber auch SerbInnen, UngarInnen, MontenegrinerInnen, KroatInnen, Roma, Muslime aus Belgrad, Nis, Novi Sad, Valjevo, Novi Pazar, Podgorica und all den anderen Städten in Serbien, in der Vojvodina, im Sandzak, in Montenegro, die Menschen in Mazedonien und in Albanien, die unter dem Flüchtlingselend leiden, die Menschen in Ungarn, Bulgarien, Rumänien und den anderen Ländern der Region, die den Preis für die wirtschaftlichen Kosten dieses Krieges werden bezahlen müssen, die Menschen, die keine Chance haben, ihre Interessen auf der Bühne der Weltpolitik einzubringen und durchzusetzen. Aber wer interessiert sich in der Politik schon wirklich für diese Menschen.

Roland Brunner ist
Redakteur der Schweizer Zeitschrift
„Monatsmagazin – MOMA“, Zürich



Geostrategische Interessen der USA stehen hinter dem Jugoslawienkrieg

Clemens Ronnefeldt

Der US-Politologe und Kriegsforscher Prof. Gabriel Kolko sagte am 8. Mai 99 im „Berliner Tagesspiegel“: „Bei der Entscheidung der Amerikaner, den Krieg zu führen, spielte die spezielle Situation im Kosovo nur eine untergeordnete Rolle. Für die USA geht es darum, militärische Macht zu demonstrieren und ihre Vormachtstellung in der Nato auszubauen“ ... „Clinton muss sich vor allem mit den Republikanern im Kongress arrangieren. Der Kampf um die Macht in Washington wird die Politik gegenüber Jugoslawien erheblich beeinflussen. Rationale Erwägungen bleiben da auf der Strecke“.

Am 16.4.99 kündigte Bill Clinton in einer Grundsatzrede an, „das US-Engagement auf dem Balkan werde nicht mit der Befriedung Kosovos und der Rückkehr der Vertriebenen enden“ (FR, 27.4.99).

Die FR berichtete weiter: „In den Denkfabriken der US-Außenpolitik kursiert seit langem das Schlagwort vom ‚Erdbebengürtel‘, der vom Balkan über den Kaukasus bis an die Grenzen Chinas reiche. Diese Zone müsse im Interesse des Weltfriedens und des Handels ‚stabilisiert‘ werden. Mit Altruismus habe das nichts zu tun – das Fundament bildeten die eigenen Werte und Interessen. Das sicherste Mittel zu deren Durchsetzung scheint aus Sicht mancher

US-Denker die wirtschaftliche, ideologische – notfalls militärische – Besetzung des Terrains“.

Vor allem unter dem Kaspischen Meer wurden riesige Öl-Vorkommen entdeckt, um die sich russische, chinesische und amerikanische Ölkonzerne Konkurrenzkämpfe liefern.

Seit der Eröffnung des Main-Donau-Kanals 1992 können Schiffe von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer fahren. „Auf dem Balkan verriegelt Serbien die Transitwege der Donau und zum griechischen Hafen Saloniki. Die USA und ihre europäischen Verbündeten haben mehrere Versuche unternommen, diesen Riegel friedlich zu sprengen. 1992 wurde ein kalifornischer Industrieller serbischer Abstammung namens Milan Panic als Premier Rest-Jugoslawiens nach Belgrad katapultiert. ... 1996 lancierten die USA die ‚Southeast European Cooperative Initiative (Seci)‘“ (FR, 27.4.99). Das Ziel von „Seci“ war die Integration aller Donauanrainer unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Selbst Weltbankkredite konnten Serbien nicht erweichen – Serbien wurde von der „Seci“ ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund erhält der Anhang B des Vertrages von Rambouillet enorme Brisanz. Serbien sollte unterzeichnen, dass dem Nato-Personal „zusammen mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, ... in der